Redaktion von R. Hahn,
Druck und Verlag von R. Graßmann
Kirchplatz Nr. 3.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.
Annahme: Kirchplatz 3 und
Schulzenstraße 17 bei O. H. T. Poppe.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr.
monatlich 12½ Sgr.,
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№. 276. Abendblatt. Donnerstag, den 17. Juni 1869.

Deutsches Zollparlament.

8. Sitzung vom 16. Juni.

Präsident Dr. Simson eröffnet die Sitzung um 11½ Uhr.

Am Tische der Bundeskommissarien: Präsident Delbrück, Geheimrath Dr. Michaelis, Geh. Finanzrath Hasselbach, Ober-Finanzrath Riecke (Würtemberg), Generalsteuerdirektor v. Pommer-Esche u. A.

Erster Gegenstand drr Tagesordnung ist die Fortsetzung der Spezialberathung des Gesetzentwurfes, betreffend die Abänderung des Vereins-Zolltarifs. §. 1, Absch. II. (Gegenstände, deren Eingangszoll ermäßigt werden soll.)

Abg. Hinrichsen beantragt, gebrannten Kaffee mit einem Eingangszoll von 6 Thaler 15 Sgr. zu belegen.

Präsident Delbrück erklärt sich gegen diesen Antrag, weil durch den Satz von 6 Thlr. 15 Sgr. die angestrebte Vereinfachung des Tarifs verhindert würde, würde sich aber einem Zollsatze von 7 Thaler nicht widersetzen.

Abg. Schleiden stellt deshalb den Antrag, den Zoll auf 7 Thlr. festzusetzen und Abg. Hinrichsen zieht seinen Antrag zu Gunsten dieses Antrages zurück.

Der Antrag des Abg. Schleiden wird angenommen.

Die Vorlage des Zollbundesraths schlägt unter Nr. 27 für Reis, geschälten und ungeschälten, einen Eingangszoll von 15 Sgr. pro Centner vor.

Abg. v. d. Heydt beantragt bei dieser Position, hinzuzufügen: „Reis zur Reisstärkefabrikation unter den von der Zollbehörde vorzuschreibenden Bedingungen und Kontrole zollfrei."

Abg. Finck (Darmstadt) erklärt sich gegen diese Position, weil der Reis nicht allein ein Nahrungsmittel sei, sondern gegenwärtig auch bei der Fabrikation guter Biere als Surrogat des Malzes verwendet werde.

Abg. v. Hoverbeck befürwortet die Herabsetzung des Reiszolles, Abg. Fries erklärt sich dagegen, weil er an dieser Stelle die Möglichkeit finde, die Petroleumsteuer abzulehnen.

Abg. Löwe für die Herabsetzung des Reiszolles. Die Wichtigkeit des Reises werde verkannt; er sei äußerst wichtig, namentlich für den Fabrikarbeiter, der, bei seinem Aufenthalt in dumpfigen Werkstätten, nicht die schwerere Nahrung durch Hülsenfrüchte so vertragen könne, wie der ländliche Arbeiter.

Abg. v. Blanckenburg gegen die Herabsetzung und für die Petroleumsteuer, damit die verbündeten Regierungen reichlich Mittel erhalten, um richtige, volkswirthschaftlich-gesunde Tarifänderungen vornehmen zu können. Für das Amendement v. d. Heydt werde er stimmen, weil dasselbe einen unberechtigten Schutzzoll für ein ländliches Gewerbe beseitige.

Präsident Delbrück erklärt, daß nichts entgegenstehen würde, den Reis, welcher zur Bierfabrikation verbraucht werde, einer besonderen Abgabe zu unterwerfen, um das Mißverhältniß der Bierbereitung aus Malz und Reis zu beseitigen. Einen Grund gegen die vorgeschlagene Ermäßigung des Reiszolles könne man aus diesem Umstande nicht herleiten. In Betreff des Amendements v. d. Heydt liege zwar ein Beschluß des Bundesrathes noch nicht vor, er glaube aber die Vermuthung aussprechen zu können, daß der Bundesrath kein Bedenken gegen das Amendement haben werde.

Abg. Friedenthal erklärt, daß für ihn die wichtigste Reform des Tarifs die Herabsetzung des Reiszolles sei, denn für ihn sei das Wichtigste: die Befreiung aller Nahrungsmittel vom Zoll. Der Redner erklärt sich für das Amendement v. d. Heydt.

Abg. Becker erklärt sich ebenfalls für die Ermäßigung des Reiszolles, weil der Reis ein zu wichtiges Nahrungsmittel geworden sei. Er präjudizire dadurch seine Abstimmung über die Petroleumsteuer in keiner Weise, erkläre jedoch, daß er die Befreiung des Verkehrs nicht dadurch erkaufen könne, daß er auf der anderen Seite ein nothwendiges Lebensmittel, und das sei das Petroleum, mit einer neuen Steuer belege.

Die Diskussion wird geschlossen. Die Herabsetzung der Reissteuer wird genehmigt und das dazu gestellte Amendement des Abg. v. d. Heydt angenommen.

Damit ist der Abschn. II. nach der Vorlage der verbündeten Regierungen erledigt.

Abschnitt III. Mit einem Eingangszolle werden belegt: Mineralöle roh und gereinigt für den Centner mit 15 Sgr. (Petroleumsteuer).

Abg. Frhr. v. Göler-Ravensburg (Baden) erklärt sich für die Steuer. Die Bildung des Zollparlaments sei vom deutschen Volke mit großem Jubel begrüßt, seine Erwartungen seien aber nicht gerechtfertigt und die Frucht liege nahe, daß durch den Beschluß einer neuen Mehrbelastung das Ansehen des Parlaments sinken möchte. Die verbündeten Regierungen brauchten jedoch Geld und er wolle dem norddeutschen Bunde den Dank für den Schutz, den er dem deutschen Handel durch sein Konsularwesen angedeihen lasse, dadurch abstatten, daß er demselben die geforderte Einnahme nicht versage.

Abg. Becker (Dortmund): Wenn das deutsche Volk sich über die Errichtung des Zollparlaments gefreut habe, so geschah es wahrlich nicht, um durch dasselbe neue Lasten zu erhalten. Wollen die süddeutschen Staaten ihren Dank für das norddeutsche Konsularwesen abstatten, so könne dies durch ganz andere Mittel geschehen. Er stimme gegen die Steuer, weil es sich um die Besteuerung eines Lebensmittels handle. Es handle sich zwar nur um 15 Sgr., im nächsten Jahre aber werde man schon nachweisen, daß die Steuer erhöht werden könne.

Abg. v. Blanckenburg erklärt sich für die Steuer. Gerade Freihändler müßten für die Petroleumsteuer stimmen, damit die Eisenzölle beseitigt werden könnten. Die Petroleumsteuer sei der Weg, die Salzsteuer zu ermäßigen und die Mahl- und Schlachtsteuer aufzuheben. Mit der Petroleumsteuer müsse angefangen werden, er hoffe und erwarte, daß man auch zum Tabaksmonopol übergehen werde. Die Befürchtungen, welche der Abg. Becker an diese Steuer knüpfe, seien hinfällig. Sei denn das Zollparlament nicht da? oder fürchte man sich vor sich selbst? Er meine, man habe alle Veranlassung, bei dieser Gelegenheit zu beweisen, daß man nicht aus eitler Prinzipienreiterei, oder aus nicht kund gegebenen Ursachen eine Steuer verwerfe, welche, wie er fürchte, für die Entwickelung des Zollvereins verhängnißvoll werden könne. Sprechen Sie es heute offen aus, daß Sie bereit sind, um dem großen Zweck der Tarifreform zu erreichen, von Ihren schweren Bedenken gegen die Steuer abzusehen. Daß man Ihnen das einmal danken wird, das weiß ich zuverlässig.

Abg. Lasker wendet sich gegen die Argumente des Abgeordneten v. Göler. Derselbe vergesse, daß er seinen Dank nur abstatten wolle gegen die norddeutschen Regierungen, durch eine neue Belastung des norddeutschen Bundes und keineswegs durch ein Geschenk aus den Taschen des Südens. Er danke für diesen guten Willen und habe dies nur hervorgehoben, um zu zeigen, wie schädlich es sei, bei einfachen Finanzfragen fernliegende politische Gesichtspunkte mit in die Debatte hineinzuziehen. (Sehr richtig!) Norddeutschland könne sich nicht eine Steuer bewilligen lassen, weil nach der Ansicht süddeutscher Abgeordneten die norddeutschen Regierungen Geld gebrauchen. Das sei sogar demüthigend. Wer die Petroleumsteuer gern habe, dem sage er, er wolle sie verrechnen, wenn es sich um andere, weit wichtigere Steuern und deren Beseitigung handeln werde. Das Petroleum müsse als Beleuchtungsgegenstand behandelt werden. Man sage, daß der Satz von 15 Sgr. ein geringer sei. Ja, aber der Weg von 15 Sgr. bis zu 1 Thlr. sei viel leichter, als der Weg von gar nichts zu 15 Sgr. (Sehr richtig!) und hierbei erinnere er an die Antwort des Grafen Bismarck im vorigen Jahre, der gerade darin einen Vorzug der Petroleumsteuer sieht, daß sie leicht erhöht werden könne. Er stelle sich auf die Basis der Regierungen: er wünsche Zollermäßigungen mit Aufrechnungen, er wolle eine Reform nicht mit einem groben Verstoß gegen jenes Prinzip erkaufen. Er spreche nicht von den Armen, von Mitleid, das thue er nicht gern, er spreche von Zöllen und sage, eine solche neue Steuer können wir nicht gewähren, nicht einmal gegen eine Kompensation. Hielte die Ermäßigung der Mehr-Einnahme mit dem Zuckerzolle die Waage, so würden die Regierungen es sich hoffentlich überlegen, ehe sie die Reform aufgeben, nur weil die Petroleumsteuer abgelehnt sei. Den Regierungen gehe ja auch das Wohl des Volkes über alles; da würden sie Zugeständnisse machen, ohne sie von Bedingungen abhängig zu machen, denen das Parlament sich nicht unterwerfen könne. Seine Abstimmung über die Zuckerfrage werde er von der Haltung der Regierungen zum Tarife abhängig machen.

Präsident des Bundeskanzleramts Delbrück: In unseren Nachbarländern steigen die Einnahmen aus den Verkehrsmitteln mit dem Auslande, bei uns gehen sie zurück, weil die verbündeten Regierungen, von dem Wunsche geleitet, die Produktion zu fördern, eine große Menge von Erleichterungen und Befreiungen haben eintreten lassen. Dem gegenüber tritt jetzt der finanzielle Bedarf von allen Seiten. Ich gebe zu, daß eine neue Durchführung des von Ihnen vertretenen Prinzips nicht zu einer Petroleumsteuer geführt haben würde, aber man ist gezwungen mit gegebenen Verhältnissen zu rechnen und diese machen es unmöglich, dergleichen allgemeine Prinzipien anders zu behandeln, wie als Gesichtspunkte, denen man nachzustreben hat. Einen Widerspruch der Petroleumsteuer mit diesem Prinzip kann ich nur in sofern anerkennen, als es sich um Abstraktionen handelt. Es ist die Besorgniß gegen die Petroleumsteuer ins Feld geführt worden, daß sehr leicht eine Erhöhung eintreten könne. Diese Befürchtung ist übereilt, denn es wird doch stets von Ihnen abhängen, ob Sie einer Erhöhung zustimmen wollen, oder nicht. Die verbündeten Regierungen haben allerdings für das Wohl des Landes zu sorgen, aber sie sind der Ueberzeugung, daß es im wohlverstandenen Interesse liegt, den Verkehr mit dem Auslande zu erleichtern, sie können aber nicht zugeben, daß das wohlverstandene Interesse des Landes nur in der Richtung zu suchen ist, wie sie von Ihnen (nach links) aufgefaßt wird.

Abg. v. Wedemeier spricht für, der Abg. Rohland gegen die Steuer, worauf die Diskussion geschlossen wird.

Die Abstimmung über die Position (Petroleumsteuer) erfolgt namentlich.

Das Resultat dieser Abstimmung ist die Ablehnung der Steuer mit 155 gegen 93 Stimmen. Die übrigen Bestimmungen des Gesetz-Entwurfes werden ohne weitere Debatte genehmigt. Die vom Abg. Dr. Schleiden beantragte, bereits mitgetheilte Resolution wird abgelehnt.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist die Vorberathung über den Entwurf betr. die Besteuerung des Zuckers.

Bundeskommissar Geh. Ober-Finanzrath Scheele motivirt die Vorlage, giebt einen historischen Ueberblick der Zuckersteuer, geht auf die zwischen England, Belgien, Holland und Frankreich abgeschlossene Konvention ein und erörtert den Zweck der vorgeschlagenen Reform der Zuckerbesteuerung, welche weniger eine finanzielle als eine wirthschaftliche Bedeutung habe, und betont, daß die Ansichten von Sachverständigen sich unterscheiden von den Vorschlägen, welche die Regierungen in der Vorlage gemacht habe. Redner stellt nunmehr die Vorzüge und Nachtheile der Gewichts- und der Fabrikatsteuer einander gegenüber, und präzisirt, im Anschlusse an die bereits in den Motiven zum Entwurfe enthaltenen Erläuterungen, den Beschluß, der Gewichtssteuer den Vorzug zu geben.

Abg. Mohl rechtfertigt in einem langen Vortrage seine auf Ablehnung der Vorlage gerichteten Anträge, indem er den Zusammenstoß einer Enquête befürwortet.

Abg. Benda spricht für die Vorlage. Er betrachtet die Erhöhung der Zuckersteuer als eine Kompensation für die durch die Tarifveränderungen beschlossenen Zollermäßigungen.

Darauf wird die General-Debatte geschlossen und die Sitzung um 3¾ Uhr vertagt.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr. — Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen, Bericht der Geschäfts-Ordnungs-Kommission über das Mandat des Abg. Fabricius, zweite Berathung der Zollordnung ꝛc.

Deutschland.

□ **Berlin,** 16. Juni. Nach allen eingehenden Berichten ist der Empfang des Königs auf seiner Reise, namentlich in Hannover und Bremen, ein sehr herzlicher und lebhafter gewesen. Für den herzlichen Empfang in Hannover geben besonders auch Berichte der „Madg. Z.", für die glänzende Aufnahme in Bremen ein begeisterter Artikel der „Weser-Ztg." Zeugniß. Außerdem enthält die „Wes.-Z." auch noch einen Artikel, der den Besuch des Königs in Bezug auf die See hervorhebt. — Die Petroleumssteuer ist im Zollparlament mit 155 gegen 93 Stimmen abgelehnt worden. Die „Provinz.-Corr." bemerkt in ihrer heutigen Nummer, daß durch die Entscheidung des Zollparlaments über die Petroleumsteuer zugleich über die Tarifreform entschieden worden und fügt dann hinzu: „Als das Zollparlament errichtet wurde, galt es mit Recht als ein besonderer Vorzug der neuen Einrichtung, daß wünschenswerthe Reformen nicht mehr durch das Widerstreben einzelner Glieder des Zollvereins gegen das Interesse der Gesammtheit vereitelt werden können. Möge dieser Gewinn nicht dadurch aufgehoben werden, daß die wirthschaftlichen Reformen im Zollbunde jetzt von politischen Gesichtspunkten und Bestrebungen abhängig gemacht werden." Bekanntlich hat auch der Präsident des Bundeskanzleramts Delbrück eine Erklärung im Zollparlament dahin abgegeben, daß die Einführung der Zollermäßigungen von der Bewilligung der Petroleumsteuer abhängig seien. — Die Angaben der Blätter über den Schluß des Zollparlaments — der Schluß des Zollparlaments und des Reichstags soll hiernach gleichzeitig erfolgen und zum 24. d. in Aussicht genommen sein — sind bis jetzt voreilig. Der Schluß wird von dem Gange der Berathungen abhängen und konnten daher in Betreff desselben vor der Abreise des Grafen Bismarck noch keine Beschlüsse gefaßt werden. Selbstverständlich können auch Beschlüsse in dieser Hinsicht nicht gefaßt werden, bevor Graf Bismarck nicht zurückgekehrt ist. — Der Geh. Ober-Postrath Stephan, welcher bekanntlich in Rom über den Abschluß eines Postvertrages mit dem Kirchenstaat unterhandelt hat, hat seinen Weg über Florenz genommen, um daselbst Schritte wegen einer geeigneten Beförderung der Zeitungen zu thun. Bisher war die Beförderung eine weniger regelmäßige und oft langwierige und dabei sehr theure. Nach der jetzt getroffenen Einrichtung wird sie regelmäßiger und entschieden billiger sein. Für Italien ist dort ein Agent bestellt, an den die Bestellungen für diesseitige Zeitungen zu richten sind. Der Agent läßt die Bestellungen an die Ober-Postdirektion in Leipzig weitergehen, von welcher dann die betreffenden Postämter den Auftrag zur Entsendung der Zeitungen erhalten. Dieselben werden unter Kreuzband geschickt. Von Seiten der Postverwaltung des norddeutschen Bundes wird als Porto nicht mehr als die übliche Zeitungsprovision erhoben. — In einzelnen Berliner Korrespondenzen findet sich die Nachricht, daß die Regierung die Absicht habe, die Gewerbe-Ordnung den 1. Oktober zu publiziren, so daß dieselbe erst mit dem 1. Januar 1870 in Kraft treten werde. Diese Nachricht ist falsch und namentlich auch schon durch eine neuliche Mittheilung der „Provinzial-Correspondenz" widerlegt. Zur Erklärung der noch nicht erfolgten Publikation mag wiederholt werden, daß jetzt kommissarische Berathungen der betheiligten Ministerien darüber im Gange sind, ob nicht noch gewisse Vorbereitungen nöthig sind, die der Ausführung des Gesetzes vorausgehen müssen. Von einer Verzögerung der Publikation des Gesetzes bis zum 1. Oktober ist indessen in Regierungskreisen nie die Rede gewesen. — Das ungarische Blatt „Pest-Bud.-Wed." bemerkt in einer Wiener Korrespondenz, daß Graf Beust den Plänen Napoleons zu dienen bereit sei, beweise auch seine Haltung in der belgisch-französischen Eisenbahn-Angelegenheit. Das Blatt mahnt bei dieser Gelegenheit den Grafen Beust zur Vorsicht, damit dieser Schritt nicht etwa noch traurigere Folgen nach sich ziehe, als das Jahr 1866 für uns aufzuweisen habe. —

— Die Bewegung in der protestantischen Kirche wegen des in Rom bevorstehenden Konzils wird immer größer. Die Bewegung ist sehr erklärlich, da auf dem Konzil Fragen zur Sprache gebracht werden sollen, die als lange abgemacht gelten, wie z. B. die Beziehungen der Kirche zum Staate. Aber nicht blos in protestantisch-kirchlichen Kreisen, sondern auch in den Kreisen der Regierungen fängt sich die Aufmerksamkeit an auf das Konzil zu richten und zwar nicht ohne Bedenken. Die Schritte, die der baierische Ministerpräsident Fürst Hohenlohe bei den europäischen Kabinetten und insbesondere noch bei den süddeutschen Regierungen gethan hat, geben Zeugniß davon. — Die „Grenzboten" enthalten einen interessanten Artikel über die politischen Geschwornen-Gerichte. Der Artikel ist gegen die Emphase gerichtet, mit welcher die Demokraten die Einführung der Schwurgerichte für politische Verbrechen in Oesterreich rühmen. Es sei dies, heißt es in dem Artikel, eines jener österreichischen liberalen Dekorationsstücke, worüber unter politischen Kindern und Gauklern viel Spektakel gemacht wird. Man solle sich aber zehn Mal besinnen, ehe man uns zumuthe, darin mit Wien zu rivalisiren: es sei eine durchaus trügerische verderbliche Reform. Die Begeisterung für die Jury beruhe auf einer ganz illegitimen Nachahmung unverstandener englischer Einrichtungen, während uns der natürliche Boden dafür, das Friedensrichteramt, die Selbstverwaltung u. s. w. fehle. Bei uns sei die Jury herausgerissen aus dem Zusammenhang der sonstigen richterlichen Institutionen, ebenso sei die Kategorie der sogenannten politischen Verbrechen eine ganz verschwommene Idee: man wisse nicht, wo sie anfange und wo sie aufhöre. So lange nicht gründliche Reformen der gesammten Strafgesetzgebung einträten, wäre es Schade um das ehrwürdige Institut der Jury, es ohne Noth und Nutzen den Frivolitäten unserer politischen Prozesse preiszugeben. Es wäre das nur das Aufsetzen eines bunten Lappen aus der Rumpelkammer des vormärzlichen Liberalismus. Das Schwurgericht, wie es sich bei uns gestaltet habe, biete auch gar keine Gewähr für eine wirkliche politische Unabhängigkeit der Geschwornen. Im günstigsten Falle würden sie jedesmal der augenblicklich politischen Majorität angehören, die Minorität aber werde ihnen keinen Schutz, keine Gnade finden. Nur der politische Parteigeist in leidenschaftlicher und gemäßigter verhüllter Gestalt würde in ihnen herrschen. Die Jury müsse erst als organisches Glied in die gesammte Strafgerichtsverfassung eingereicht werden. So lange derselben nicht die kräftige Grundlage kommunaler Selfgouvernements gegeben werde, bleibe sie besser in ihrem bisherigen bescheidenen Wirkungskreise. — Es liegen Berichte über den Stand der Saaten aus den Regierungs-Bezirken Königsberg, Bromberg, Danzig, Marienwerder, Stettin, Cöslin, Stralsund, Breslau und Oppeln vor. Im Reg.-Bezirk Königsberg haben die Saaten, welche im Herbst einen vorzüglichen Stand hatten, in den Wintermonaten durch ungünstige Witterungsverhältnisse gelitten und bieten die Felder einen ungleichen Anblick dar. Am meisten sind hiervon Rübsen und Klee getroffen, während der Weizen gut steht und das Sommergetreide gute Aussichten bietet. Im Durchschnitt genommen, darf man bei geeigneter Witterung auf eine befriedigende Ernte rechnen, zumal die nachtheiligen Folgen der erwähnten ungünstigen Witterungsverhältnisse nicht allgemein hervortreten. Im Reg.-Bez. Bromberg hat die Witterung des Winters einen nicht vortheilhaften Einfluß auf die Roggensaaten ausgeübt, aber bei entsprechender Witterung können sie dennoch einen guten Ertrag liefern. Rübsen hat sehr gelitten

und Rapps ist nicht ohne Beschädigung geblieben. Die Berichte aus den übrigen Regierungs-Bezirken schildern den Stand der Saaten theils als einen guten, theils als einen sehr guten, theils als eine sehr gesegnete Ernte in Aussicht stellende. Nur in Betreff der Delsaaten wird aus den Reg.-Bez. Danzig und Stettin gemeldet, daß sie theilweise gelitten haben und nicht überall eine befriedigende Ernte versprechen.

Berlin, 17. Juni. Se. Majestät der König verließ gestern Morgens nach Besichtigung des 1. Bat. des hanseatischen Infanterie-Regiments Nr. 75 Bremen und fuhr mit der Begleitung und dem Gefolge per Extrazug nach Oldenburg. Dort wurde der König bei der Ankunft vom Großherzog empfangen und nach dem Schlosse geleitet, in welchem auch nach Besichtigung des oldenburgischen Infanterie-Regiments Nr. 91, des oldenburgischen Dragoner-Regiments Nr. 19 und der Fuß-Abtheilung des hannoverschen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 10, das Dejeuner stattfand. Vor dem Diner ertheilte der König Audienz und nahm Vorträge entgegen, und zwar vom Militär-Kabinet, vom Geheimen Hofrath Borck und dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck. In Bremen hatte Tags zuvor der russische Admiral v. Likhatcheff auf der Rückreise von England nach Petersburg die Ehre des Empfanges.

— Die Königin-Wittwe kehrt am Sonnabend von Schloß Pillnitz kommend, nach Sanssouci zurück.

— Die Prinzessin Karl von Hessen und bei Rhein feiert am Freitag auf Schloß Fischbach in Schlesien ihr Geburtsfest, zu dem auch der Prinz Heinrich von Hessen erwartet wird. Das Gefolge der verwittweten Königin Marie von Baiern und der hessischen Herrschaften beläuft sich auf einige 30 Personen. Später nimmt auch der Prinz Admiral Adalbert in Fischbach Aufenthalt. — Der Prinz Georg ertheilte am Dienstag Mittags dem spanischen Gesandten de Rascon Audienz.

— Ueber den erst kurz erwähnten Besuch, den Se. Majestät der König während des Aufenthaltes zu Hannover am 14. d. der dortigen Blinden-Anstalt machte, weiß die „N. H. Ztg." Folgendes zu berichten: Empfangen wurde der Königliche Herr, dessen Besuch nur wenige Stunden vorher angesagt worden war, in dem Anstaltsgebäude von dem Grafen zu Münster und dem Landesdirektor v. Bennigsen. Die Ehre eines Besuches des Landesherrn war der Anstalt bisher, seit 26 Jahren, noch nicht geworden. Der Anstaltschor des Musikdirektors Beck empfing den König mit der Volkshymne, der sich sofort der Ambrosianische Lobgesang mit voller Orgel anschloß. Darauf sprach Johanna H. ein Gedicht, das durch Vortrag und Inhalt den erhabenen Gast freundlich ansprach. Eingehend geruhte Se. Majestät der König, der sich aus seiner Kindheit noch des Stifters der Blinden-Anstalten, Valentin Haug, erinnerte, über Lesen und Schreiben der Blinden sich zu erkundigen, und erstaunte über die allerdings bewundernswerthe Fertigkeit eines Kindes im Lesen fühlbarer Schrift. Der Gesanglehrer W. Bünte ließ hierauf das Ave verum von Mozart singen, worauf die achtjährige Margot F. ein Königsgedicht vortrug und dem Könige einen Lorbeerkranz überreichte. Durch seine herzgewinnende Erscheinung flößte der erhabene Herr allen Anwesenden Vertrauen ein, namentlich aber durch seine väterlich-milde Stimme Denen, die da urtheilen müssen nach dem Tone der Stimme. Nach fühlbar warmen Worten an die Leiter, Beamten und Bewohner des Hauses und nach einer Besichtigung der Lehrmittel endete der kurze, dem Blindenhause unvergeßliche Besuch.

— Die Journalistentribüne des Zollparlaments weist diesmal eine größere Anzahl nichtpreußischer Korrespondenten auf. Es sind in dieser Saison außer dem „Dresdner Journal" der „Korrespondent von und für Deutschland" in Nürnberg, die Münchener „Neuesten Nachrichten" durch Redaktionsmitglieder und sieben baierische national-liberale Blätter durch eigene Korrespondenten vertreten.

Wandsbeck. Am vergangenen Sonntag hat hier ein Verbrüderungsfest der Arbeitervereine der Umgegend, den Manen Lassalle's zu Ehren, stattgefunden, zu welchem auch Herr Schweitzer aus Berlin erscheinen sollte. Da die Wandsbecker Polizei Reden nicht gestatten wollte, so zog man mit 11 Fahnen nach dem benachbarten Flecken Jüthorn, machte seinem Zorn in fulminanten Worten Luft und kehrte dann nach hierher zurück, um den Gram über das Ausbleiben des Herrn Schweitzer in Strömen Bieres zu ertränken. Der strömende Regen kühlte schließlich die erregten Gemüther schnell genug ab. Es hatten ca. 3000 Personen, incl. Weiber und Kinder, daran theilgenommen.

Köln, 14. Juni. In Betreff einer Immediat-Eingabe hiesiger Bürger in der Rayon-Angelegenheit hat das Kriegsministerium unter dem 31. Mai die Mittheilung gemacht: „daß in Folge Allerhöchster Kabinetsordre vom 25. Mai dieses Jahres im kommissarischen Wege die Festsetzung derjenigen Bedingungen erfolgen soll, unter denen der Weiterbetrieb von Kies-, Lehm- 2c. Gruben im dritten Rayon der Festung Köln zu gestatten ist."

Rottenburg. 15. Juni. Das „Frankf. Journ." ist in den Stand gesetzt, mitzutheilen, daß im Ministerrath noch vor der Abreise der Minister Frhr. v. Varnbüler und v. Mittnacht nach Berlin zum Zollparlament beschlossen worden ist, dem Domkapitel zu Rottenburg die Anzeige zu machen, daß die Regierung gegen die (neulich mitgetheilte) aufgestellte Liste nichts zu erinnern wisse, die Wahl also unbeanstandet vorgenommen werden könne. Da somit vollkommene Uebereinstimmung zwischen Regierung und Domkapitel herrscht, so wird dem Vernehmen nach die Wahl in der nächsten Woche zu Rottenburg stattfinden. Dann erst wird sich zeigen, ob die auf der Liste enthaltenen Männer und insbesondere der Gewählte auch in Rom genehm sind, von wo aus dann der Informationsprozeß eingeleitet werden wird.

München, 14. Juni. Von der badischen Regierung ist an die Regierungen der Rheinuferstaaten die Einladung ergangen, im August d. J. zu Mannheim eine Kommission von Bevollmächtigten dieser Staaten behufs einer Verständigung über die zum Schutz der Fischerei im Rheine zu treffenden Maßregeln zusammentreten zu lassen.

Ausland.

Wien, 15. Juni. Es zeigt sich jetzt, daß das Prager Petarden-Attentat viel ernster gemeint war, als es ausgefallen ist. Der „Tagesbote aus Böhmen" meldet hierüber: Sicherem Vernehmen nach hätte das vor dem Polizeigebäude in der Nacht vom 10. auf den 11. d. M. ausgeführte Bubenstück nur der Vorläufer einiger weiterer Attentate sein sollen, die aber wohl schwerlich so unblutig wie jenes erste ausgefallen wären. Die Attentäter beabsichtigten, wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, die Sprengung des Franzens-Monuments auf dem Kai, zu welchem Zwecke ein Quantum von 25 Pfund Sprengpulver in einem Verstecke unterhalb der Kaimauer vorbereitet war. Einzig und allein dem energischen Einschreiten der Sicherheitsbehörde ist es zu danken, daß anderen ähnlichen wohlvorbereiteten Attentaten gegen Eigenthum und Leben ein Ziel gesetzt wurde.

— Die kleine Erzherzogin Marie Valerie, welche bekanntlich ernsthaft erkrankt war, befindet sich jetzt in der entschiedenen Genesung.

— Der „D. A. Z." wird geschrieben: Die in Broschürenform erschienene Rede, welche der Spanier Castelar in der Kortessitzung vom 20. Mai gegen die Monarchie hielt, ist heute hier mit Beschlag belegt worden. Die Vorstellungen des Verlegers, daß das Heft nur einen Wiederabdruck des von der „Neuen freien Presse" schon vor einigen Tagen gebrachten Textes der Rede enthalte, blieben fruchtlos; der Satz wurde versiegelt und es ist eine Untersuchung darüber eingeleitet, ob er wirklich der von dem erwähnten Blatte veranstalteten Publikation entspreche.

Wien, 16. Juni. Die „Presse" meldet aus Konstantinopel unterm 15. Juni: Der persische Gesandte ist hier wieder eingetroffen, da die türkisch-persischen Differenzen beglichen sind. — Die Nachricht von einer Cirkular-Note der Pforte bezüglich der Reise des Vicekönigs von Egypten ist unbegründet, der Großvezier soll sich nur mündlich gegen einige Gesandte über jene Reise und ihren Zweck ausgelassen haben. — Schamyl hat seinen bleibenden Wohnsitz in Mekka genommen.

Brüssel, 16. Juni. Gutem Vernehmen nach ist die in den Verhandlungen mit Frankreich eingetretene Stockung von keiner Bedeutung. Der diesseitige Bevollmächtigte, van der Sweep, welcher augenblicklich hier verweilt, wird sich unverzüglich nach Paris zurückbegeben. Man glaubt, daß die Verhandlungen noch vor Ende dieses Monats zum Abschluß gelangen werden.

— Die regierungsfreundlichen Zeitungen sprechen sich dahin aus, das Ministerium dürfe trotz der Abstimmung im Senate nicht zurücktreten, da es die Deputirtenkammer für sich habe. — Der Senat ist heute vertagt worden.

Paris, 16. Juni. Das „Journal offiziel" theilt in seiner Abendausgabe mit, daß mehr als 500 von den bei den jüngsten Ereignissen hier Verhafteten bereits wieder entlassen sind.

Florenz, 16. Juni. Nach einem Briefe aus Rom vom gestrigen Tage wird sich der Kardinal Berardi in außerordentlicher Mission nach Paris begeben. Man versichert, daß der französische Gesandte Banneville wahrscheinlich von seinem Posten abberufen werden wird.

— Ein Unbekannter, der bis jetzt noch nicht verhaftet ist, machte gestern um Mitternacht einen Mordversuch auf den Deputirten Lobbia, dessen Aussagen in der gegenwärtig schwebenden parlamentarischen Untersuchung besonders belastend waren. Lobbia erhielt zwei nicht gerade gefährliche Wunden und schützte sich vor weiteren Angriffen dadurch, daß er auf den Meuchelmörder seinen Revolver abfeuerte.

London, 14. Juni. Heute ist Nachricht eingetroffen, daß von den beiden vermißten Booten des gescheiterten Goldschiffes „Blue Jacket" eines, mit nur 7 Personen an Bord, gerettet worden ist. Von den 4000 Sovereigns, welche das Boot mitnahm, verlautet nichts. — Betreffs der bedauerlichen Explosion in Ferndale liegt heute nichts Mittheilenswerthes vor. Die Zahl der Verunglückten wird noch immer verschieden abgeschätzt, doch gehen die höchsten Angaben nicht über 60 hinaus.

— Die Admiralität hat den ursprünglich gefaßten Beschluß, keine Arbeiter von den geschlossenen Marinewerften mehr mittelst Truppentransportschiffen nach Canada zu befördern, wieder zurückgenommen und am 24. Juni soll der „Urgent" von Portsmouth aus eine weitere Fahrt nach Quebek unternehmen. Die in Canada bereits eingetroffenen Emigranten erklären sich sehr zufrieden, namentlich die Maurer, die allesammt beim Eintreffen schon zu 9 Sh. Tagelohn Arbeit fanden.

Madrid, 16. Juni. Laut offizieller telegraphischer Meldung ist der Herzog von Montpensier gestern in San Lucar angekommen.

Lissabon, 12. Juni. Die Trauung Dom Fernandos — Gemahl der verewigten Königin Maria da Gloria, Vater des regierenden Königs — mit Fräulein Hänzler ist vollzogen worden. Der König Luis (Sohn Fernandos) und mehrere Mitglieder der Familie wohnten dem Diner bei, das der Hochzeit zu Ehren gegen wurde.

Warschau, 16. Juni. In der heutigen Generalversammlung der Aktionäre der Warschau-Wiener Eisenbahn wurde die Tagesordnung ohne Diskussion erledigt, den bisherigen Verwaltungsräthen Decharge ertheilt und die Dividende auf 4 Rubel festgesetzt. Bei den Wahlen für den Verwaltungsrath, dessen sämmtliche Mitglieder ihr Mandat niedergelegt haben, wurden neu gewählt: Die Banquiers Kronenberg und Gustav Müller, die Senatoren Zaborowski und Gudowski und der Bankpräsident Kruse. Wieder gewählt wurden: Johann Renhard, General Czernicki, Fächtner und Freygang.

Bukarest, 15. Juni. Die Kammer hat beschlossen, den Antrag auf Bewilligung einer Anleihe von 15 Millionen Francs Behufs Deckung der laufenden Ausgaben in Erwägung zu ziehen. — Die gegenwärtige Kammersession wird am 21. dieses Mts. geschlossen werden.

Washington, 16. Juni. Der spanische Gesandte hat dem Staatssekretär Fish die Anzeige gemacht, die spanische Regierung verzichte auf eine Vermittelung zwischen ihr und den Aufständischen, da in der Annahme derselben die Anerkennung der Insurgenten als kriegführende Partei liegen würde.

Pommern.

Stettin, 17. Juni. Der Herr Ober-Präsident Freiherr v. Münchhausen ist gestern von Karlsbad im besten Wohlsein zurückgekehrt und hat seine Amtsgeschäfte wieder übernommen.

— Schon seit einigen Jahren hat der Zuzug preußischer Arbeiter mit ihren Familien nach dem Königreich Polen und andern Theilen von Rußland, wo sie ein günstiges Unterkommen zu finden glauben, sich außerordentlich vermehrt. Diese Leute, welche zum Theil schon in Preußen durch Vermittelung von Agenten, größtentheils aber erst dort Kontrakte mit Gutsbesitzern abschließen, sehen sich nur zu oft in ihren Hoffnungen und den ihnen gemachten Versprechungen getäuscht. Der Grund davon liegt darin, daß entweder die Gutsbesitzer, welche zum großen Theil durch den auf sie in den letzten Jahren geübten großen Druck meist in eine sehr traurige Lage gekommen sind, nicht im Stande sind, ihre Versprechungen einzuhalten, oder auch daß die Arbeiter sich dort schlecht führen und häufig dem Trunke ergeben, so daß die Gutsbesitzer sie wieder entlassen müssen und den abgeschlossenen Kontrakt einzuhalten sich weigern. In Folge dieser Verhältnisse kehren viele Arbeiter gänzlich verarmt zurück. Es kann deshalb, wie die bereits in früheren Jahren wiederholt geschehen, nicht genug vor der Auswanderung nach dem Königreich Polen oder anderen Theilen von Rußland gewarnt werden.

— Gestern Abend um 8 Uhr fand im Herbergslokale Krautmarkt Nr. 2 eine von ca. 60 hiesigen Maurergesellen besuchte Versammlung statt, welche den Zweck hatte, zur Kenntniß der hiesigen Gesellen zu bringen, daß ein „allgemeiner deutscher Maurer-Verein" ins Leben getreten sei, dessen Präsidium in Berlin seinen Sitz habe. Der die Versammlung leitende Altgeselle Probstmeyer legte mehrere ihm von jenem Verein übersandte Drucksachen unter kurzer Mittheilung des Inhaltes derselben vor und stellte gleichzeitig in Aussicht, daß in nicht ferner Zeit eine Persönlichkeit aus Berlin hier eintreffen werde, um in Bezug auf die Ausführung der Vereinsstatuten 2c. Vortrag zu halten. Damit schloß die Versammlung.

— Der „Pommersche Ober-Turn-Gau" wird am nächsten Sonntag in Greifenhagen sein Turnfest feiern.

— Die siebente Stangensche Vergnügungs-Extrafahrt nach Paris wird von Berlin aus am 9. Juli stattfinden und die Stunde der Abfahrt 3 Tage vor Abgang des Zuges durch die Zeitungen bekannt gemacht werden. Der Preis ab Berlin 2. Klasse für Tour und Retour beträgt 40 Thaler. Mit vollständiger Verpflegung in Paris in einem Hotel erster Klasse am Boulevard, nebst den im Programm näher spezifizirten Vergnügungen (inkl. Fahrt) 90 Thaler. Die Billets müssen jedoch bis zum 25. Juni gekauft werden, und haben vierwöchentliche Gültigkeit. Es ist nicht zu bezweifeln, daß auch dieser Extrafahrt zahlreiche Theilnehmer nicht fehlen werden.

— Das Militär-Oekonomie-Departement hat in Ergänzung des Reglements über die Naturalverpflegung der Armee vom 4. Juli 1867 bei Eisenbahntransporten von Rekruten, Reservisten 2c. die Gewährung von Erfrischungszuschußsätzen derart festgesetzt, daß solche künftig bei jeder Fahrt über 15 bis 31 Stunden Dauer auf Höhe von 5 Sgr., von 32 bis 39 Stunden $7\frac{1}{2}$ Sgr. und von 40 bis 47 Stunden auf 10 Sgr. pro Kopf vergütigt werden sollen.

— Der 3jährige Sohn des in der Schulzenstraße wohnhaften Arbeiters Frenz, welcher sich gestern Nachmittag in der Breitenstraße ohne Aufsicht befand, lief quer vor einer diese Straße passirenden Droschke vorbei und wurde bei dieser Gelegenheit übergefahren, glücklicher Weise aber nur unerheblich verletzt.

— Im Laufe der letzten Zeit ist theils aus einer Wohnung, theils aus dem Waschhause grüne Schanzstraße Nr. 2 eine ziemlich bedeutende Partie Wäsche, ebenso vor einigen Tagen aus einem Zimmer des Erdgeschosses in dem Hause große Domstraße Nr. 23 eine Anzahl Herrenkleidungsstücke gestohlen worden. Die Ermittelung der Diebe ist bisher indessen nicht gelungen.

— Die 14jährige Elise Schünemann wurde gestern auf dem Kirchhofe vor dem Königsthore beim Blumendiebstahl an Gräbern betroffen, den sie gewerbsmäßig betreiben soll. Vor der Polizei legte sie sich den falschen Namen „Schivelbein" bei und bedurfte es mehrstündiger Recherchen, um ihren richtigen Namen zu ermitteln.

Bahn, 14. Juni. Gestern Abend zwischen 10 und 11 Uhr brach in der vor dem Oberthore gelegenen Scheune des Ackerbesitzers Ritter Feuer aus, welches das große, fast noch neue Gebäude schnell in Asche legte. Den getroffenen Löschanstalten gelang es indeß, das Feuer auf seinen Heerd zu beschränken und die beiden benachbarten Scheunen, die der größten Gefahr ausgesetzt waren, zu erhalten. Das Feuer ist aller Wahrscheinlichkeit nach angelegt.

Vermischtes.

— Vor einigen Tagen langte ein deutscher Uhrenhändler aus San Francisco in Berlin an, welcher mit zu den Passagieren des ersten Personenzuges der Pacificbahn gehört hatte. Es waren nur 69 Personen, welche die ganze Strecke bis Newyork durchgefahren waren, wozu sie die Zeit von 7 Tagen 16 Stunden gebrauchten. Interessant sind die von dem Reisenden mitgetheilten Erlebnisse während der Fahrt durch die Prairie und das gebirgige Terrain. Bei besonders gefährlichen Stellen, deren es nicht wenige giebt, hielt der Zug auf einige Minuten an und sämmtliche Passagiere stiegen aus, um unter Führung eines Priesters niederzuknieen und zu beten. Dann ging die grausige Fahrt los über Abgründe oder Sümpfe, bei schwankenden Brücken und wankenden Schienen. Die ganze Dauer der Reise von San Francisco bis Berlin betrug nicht mehr als 19 Tage.

Hamburg, 15. Juni. Ein schrecklicher Vorfall fand am Sonntag Abend in der Nähe des hiesigen Bahnhofs am Dammthore statt und verbreitete unter einem großen Theil von fröhlichen Spaziergängern förmliches Entsetzen. Als auf der Hamburg-Altonaer Verbindungsbahn der letzte Zug von Altona heranbrauste und die Sperrketten (Barrieren) bereits aufgezogen waren, sprang plötzlich der 23jährige Konditorgehülfe Schramm von hier über die Kette und wurde von der Lokomotive auf den Schienen faktisch in drei Stücke getheilt. Es sammelte sich sofort eine große Menschenmenge. Der entstellte Körper wurde nach dem Kurhause geschafft. Von Einem wird ein Selbstmord vermuthet, von Anderen der Fall eben einer Unvorsichtigkeit zugeschrieben. — Die Vergiftungen in hiesigen Familien werden nachgerade Besorgniß erregend. Zu den bereits gestern mitgetheilten beiden Fällen sind bereits wiederum drei andere Familien hinzugekommen. So viel ist ermittelt, daß Alle von einem und demselben Krämer kauften und die Giftsubstanz in dem Mehle vorhanden war. Die vielfach gehörte Mittheilung, daß bei der Engros-Verpackung irgend eine gefahrbringende Substanz unter das Mehl gerathen, hat die Besorgnisse nur noch vermehrt. — Zur Abwechselung wurde am letzten Sonnabend wieder einmal die mittelalterliche „Schandglocke" über einen ausgerückten Falliten geläutet und sein Name an's schwarze Brett geschlagen.

Paris. (Ein galanter Souverän.) Frl. Agar, welche gegenwärtig im Théatre français debutirt, hat ihre Zulassung auf die erste Bühne Frankreichs einer Deklamation der „Retour des Cendres" vor dem Kaiser in der kürzlich bei der Prinzessin Mathilde stattgefundenen Soirée zu danken. Der Kaiser beglückwünschte sie zu ihrem Talente und Frl. Agar bemerkte zitternd: „Sire, ich befinde mich zum ersten Male in der Gegenwart einer Majestät." „Fräulein, erwiederte der Kaiser, „das Talent ist auch eine Majestät, wir können uns also die Hände reichen."

Börsen-Berichte.

Stettin, 17. Juni. Wetter regnig. Wind SW. Temperatur + 11° R.

Weizen fest und höher, pr. 2125 Pfd. loco gelber inländ. 69—72 Rt., geringer 67—68 Rt., bunter poln. 67—$69\frac{1}{2}$ Rt., weißer $70\frac{1}{2}$—$72\frac{1}{2}$ Rt., ungar. 56—63 Rt., 83—85pfd. Juni u. Juni-Juli 71, $71\frac{1}{2}$, $71\frac{1}{4}$ Rt. bez., Juli-August 72 Rt. bez., Br. u. Gd., September-Oktober 71, $71\frac{1}{2}$, $71\frac{1}{4}$ Rt. bez.

Roggen fest, pr. 2000 Pfd. loco 59—61 Rt., ungarischer 57—58 Rt., Juni 60 Rt. bez. u. Br., Juni-Juli $58\frac{1}{2}$, $\frac{3}{4}$ Rt. bez., Juli-August $55\frac{3}{4}$, 56 Rt. bez. u. Br., Septbr.-Oktbr. 54, $54\frac{1}{4}$ Rt. bez., Oktbr.-Nov. 53 Rt. bez. u. Gd.

Gerste ohne Umsatz.

Hafer pr. 1300 Pfd. loco 35, $35\frac{1}{2}$ Rt., kurze Lieferung pomm. 36 Rt. bez., 47—50pfd. 35 Rt. Gd.

Erbsen ohne Handel.

Mais per 100 Pfd. loco $64\frac{1}{2}$—65 Sgr.

Winterrübsen per Sept.-Okt. 93 Rt. bez.

Rüböl fester und höher, loco $11\frac{3}{4}$ Rt. Br., per Juni $11\frac{5}{6}$ Rt. Br., Juli-August $11\frac{7}{12}$ Rt. Br., Sept.-Oktbr. $11\frac{2}{3}$ Rt. bez., Gd. u. Br.

Spiritus fest, loco ohne Faß $17\frac{1}{12}$ Rt. bez., per Juni-Juli $16\frac{3}{4}$ Rt. bez., Juli-August 17 Rt. Br., $16\frac{11}{12}$ Gd., August-Sept. $17\frac{1}{6}$, $\frac{7}{24}$, $\frac{5}{24}$ Rt. bez., Br. u. Gd., Septbr.-Oktbr. $16\frac{5}{6}$ Rt. Br., $\frac{3}{4}$ Gd.

Angemeldet: 50 Wspl Weizen, 250 Wspl. Roggen, 20,000 Quart Spiritus, 200 Ctr. Rüböl

Regulirungs-Preise: Weizen $71\frac{1}{4}$, Roggen 60, Rüböl $11\frac{5}{6}$, Spiritus $16\frac{3}{4}$ Rt.

Köln, 16. Juni. (Schlußbericht.) Weizen loco $6\frac{5}{6}$, per Juni 6. 6, per Juli 6. 9, per Novbr. 6. $16\frac{1}{2}$. Roggen loco $5\frac{3}{4}$, per Juni 5. 19, per Juli 5. 18, per Novbr. 5. $15\frac{1}{2}$. Rüböl loco 13, per Oktbr. $13\frac{1}{8}$. Leinöl loco $11\frac{3}{8}$. Weizen und Roggen steigend. Rüböl animirt.

Amsterdam, 16. Juni. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen loco 5 fl. höher. Roggen loco 2 fl. höher, per Juni 206. 50, per Oktober 200. 50. Rüböl loco 37, per Herbst $38\frac{3}{4}$, per Mai 1870 40. Leinöl loco 33, per Sommer 33, per Herbst $33\frac{3}{4}$.

Antwerpen, 16. Juni. (Schlußbericht.) Petroleum ruhig. Weiße Type loco $46\frac{1}{2}$, 47, per Septbr. $50\frac{1}{2}$, 51, per Oktbr.-Dezbr. 53.